



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Aus der Zeit zwischen den beiden Wahlschlachten.)

Wenn das vorliegende Heft der Grenzboten zur Ausgabe gelangt, ist die letzte Entscheidung über die Zusammensetzung des neuen Reichstages gefallen. Aber in dem Augenblick, wo diese Betrachtung niedergeschrieben wird, stehen wir noch in der Zeit der Erwartung und können nur hoffen, daß der Tag der Stichwahlen zur Vollendung bringt, was der 25. Januar verheißen hat. Auf eine Betrachtung der Woche zwischen den beiden Wahlschlachten müssen wir uns also diesmal beschränken.

Wir können uns dabei mit Erscheinungen beschäftigen, die auch über die Zeit der Wahlen hinaus ihre Bedeutung behalten.

Stichwahlen unterscheiden sich von den Hauptwahlen immer dadurch, daß bei ihnen nicht Überzeugungen, sondern taktische Rücksichten bestimmend sein müssen. Darin liegt gewöhnlich eine große Schwierigkeit. Denn der Wahlkampf hat häufig die Köpfe so erhitzt, daß für ruhige Erwägungen über die zweckmäßigste Entscheidung kein Raum mehr bleibt. Zorn und Rachegefühl, die nur zu leicht in der Wahlbewegung erweckt werden, sind schlechte politische Ratgeber. Während es bei den Hauptwahlen wünschenswert ist, daß die Wähler in der Abgabe ihrer Stimmen den allgemeinen Prinzipien folgen, die für die Verhältnisse im Wahlkreise maßgebend sind, knüpfen die Stichwahlen an die schon festgelegten Ergebnisse an, und die Wähler sind nicht selten vor eine Entscheidung gestellt, bei der sie ihre eigentliche politische Überzeugung ganz in den Hintergrund schieben müssen. So liegt die Gefahr nahe, daß der Parteifanatismus noch im letzten Augenblick mancher durchaus im Bereich der Möglichkeit liegenden Hoffnung eine schwere Enttäuschung bereitet. Deshalb ist es gerade für die Stichwahlen von der größten Bedeutung, daß in der von den Parteioptionen empfohlenen Taktik die größte Klarheit herrscht, und alle verwirrenden Einflüsse möglichst ferngehalten werden.

In der Praxis ist das freilich oft nur ein „frommer“ Wunsch. Es hat auch diesmal nicht an irreführenden Stimmen gefehlt, die, um ihr Lieblingsprinzip zur Geltung zu bringen, dem nächsten und wichtigsten Erfordernis der Wahltaktik hindernd in den Weg getreten sind. Wie weit das auf das Wahlergebnis wirklich von Einfluß gewesen ist, wird später festzustellen sein. Heute beschäftigen wir uns nur mit der Begründung, womit ein solches Verhalten zu rechtfertigen versucht worden ist. Denn in diesen Gründen sprechen sich Anschauungen aus, die auch für die fernere Politik ihre Bedeutung behalten.

Für die Hauptwahlen war allen nationalen Parteien die Richtschnur gegeben worden: „Gegen Sozialdemokraten, Zentrum, Polen und Welfen!“ Die Wirkung war eine überraschende Niederlage der Sozialdemokratie gewesen, während das Zentrum in seinem Bestande augenscheinlich nicht erschüttert worden war. Vom nationalen Standpunkte aus konnte es unter diesen Umständen nur ein Ziel für die entscheidenden Stichwahlen geben, nämlich die Bervollständigung des Sieges nach der Richtung hin, in der er schon halb erfochten war. Die Sozialdemokraten mußten nun wenigstens vollständig geschlagen werden. Dieses Ziel konnte von allen, die überhaupt geneigt waren, die schwarz-rote Koalition vom 13. Dezember zu bekämpfen, um so eher anerkannt werden, als die Verluste der Sozialdemokratie ja das Zentrum ebenfalls trafen. Je mehr im neuen Reichstag die Stimmen derer, die zu jeder positiven Gesetzgebungsarbeit um jeden Preis Nein sagen, vermindert werden, desto weniger wird auch das Zentrum imstande sein, die Rolle einer regierenden Partei zu spielen. Auch die stärkste Partei im Reichstage muß sich mit einer andern verbinden, wenn sie die Mehrheit und dadurch bestimmenden Einfluß auf die Gesetzgebung gewinnen will. Schon nach den Hauptwahlen stand

fest, daß das Zentrum die stärkste Partei des Reichstags bleiben würde. Das Prinzip, das diese Partei zusammenhält, liegt außerhalb der nationalen Interessen. Sie vereinigt mit Hilfe dieses Prinzips — des konfessionellen — konservative und liberale Elemente. Wenn das Zentrum nun, um die Mehrheit zu erlangen, gezwungen wird, sich mit den Konservativen oder den Liberalen zu verbinden, so wird es auf die eine oder die andre Art immer genötigt, solchen Interessen, die mit nationalen Anschauungen im Zusammenhang stehen, Zugeständnisse zu machen. Ein Bündnis des Zentrums mit den Konservativen mag den Liberalen sehr unerwünscht sein und umgekehrt, aber es liegt in dieser legitimen Geltendmachung politischer Parteigrundsätze nichts, was in wichtigen nationalen Fragen gefährlich wirken könnte. Anders steht die Sache, wenn das Zentrum außerdem in der Lage ist, sich mit einer dritten Partei zu verbinden, die weder konservativ noch liberal, sondern grundsätzlich verneinend und Feindin unsrer ganzen Staatsordnung ist. Ein solches Bündnis kann nur taktischen Zwecken dienen, es kann nicht auf Übereinstimmung in der Sache, sondern nur auf zufälliger Übereinstimmung in einem gegebenen Ziele beruhen, und dieses Ziel kann lediglich negativer Natur sein, denn jedes positive Ziel müßte gerade diese beiden Parteien auseinanderbringen. Nur die Sorge um die Machtstellung der Partei, um die Förderung ihrer konfessionellen Zwecke, kurz der rücksichtslose Parteigottismus und das daraus entspringende Bedürfnis, den Staat um jeden Preis seine Macht fühlen zu lassen, ist imstande, in einer Frage, in der Konservative und Liberale einig sein müssen, das Zentrum im Gegensatz zu allen gesunden politischen Prinzipien an die Seite der Sozialdemokratie zu führen. Darin aber, daß das Zentrum diese Rolle wirklich übernommen hat, zeigt es sich als eine antinationale, staatsfeindliche Partei, die bekämpft werden muß. Weiter jedoch ist klar, daß, wenn es nun einmal nicht gelungen ist, dem Zentrum eine genügende Zahl von Mandaten zu entreißen, wenigstens alles geschehen muß, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie auch fernerhin dem Zentrum noch als ein begehrenswerter Bundesgenosse oder doch Weggenosse erscheint. Ist die Sozialdemokratie im Reichstage so schwach vertreten, daß das Zentrum nicht mehr darauf rechnen kann, bei der rücksichtslosen Verfolgung seiner Machtpolitik stets die indirekte Hilfe einer Partei zu finden, die Opposition macht, nur weil es Opposition ist, so ist das Zentrum gezwungen, sich entweder ganz auszuschalten oder mit dem rechten oder linken Flügel der bürgerlichen Parteien zu gehen, und verkert damit seine Bedeutung als Schädling unsers parlamentarischen Lebens.

Ähnliche Erwägungen haben nun aber die Wortführer der freisinnigen Vereinigung veranlaßt, sich besonders der Möglichkeit zu erinnern, daß das Zentrum künftig vorwiegend mit den Konservativen zusammengehen könnte. Dann würde — so meinen sie — infolge der Schwächung der Sozialdemokratie der Liberalismus im neuen Reichstage erst recht an die Wand gedrückt werden. Das Zentrum sei wohl geneigt, sich zur Verfolgung seiner parteipolitischen Sonderziele auch der äußersten Linken zu bedienen; könne das aber nicht mehr geschehen, so werde der reaktionäre Charakter des Zentrums um so stärker hervortreten. Deshalb sei es nach dem überraschenden Ergebnis der Hauptwahlen erste Pflicht aller entschiedenen liberalen Wähler, eine weitere Schwächung der Sozialdemokratie nicht zuzulassen. So predigten die Propheten dieser liberalen Gruppe bis zum letzten Augenblick vor den Stichwahlen den Kreuzzug gegen die Reaktion und damit die Loslösung des entschiedenen Liberalismus von dem nationalen Block zugunsten der Sozialdemokratie.

Herr Theodor Barth hat in seiner Wochenschrift „Die Nation“ diesen Standpunkt näher zu begründen versucht. Es ist bemerkenswert, von welchem Standpunkt aus er die Aussichten der Zukunft beurteilt. So meint er unter anderm: „Der entschiedene Liberalismus konnte bisher bei jeder ernsthaften liberalen Aktion auf die Stimmen der Sozialdemokratie zählen und wird es in Zukunft auch können.“

Die Wahrheit ist, daß die Sozialdemokratie in ihrer Presse und, wo sie konnte, auch im Parlament den bürgerlichen Liberalismus ohne Unterschied der besondern Färbung bis aufs Messer bekämpft hat. Wenn sich trotzdem oft genug die Stimmen der immer verneinenden Sozialdemokratie mit denen des radikalen Liberalismus vereinigten, so beweist das nicht eine Gemeinschaft der Interessen und Grundsätze, sondern nur die leidige Tatsache, daß die sogenannten „ernsthafte[n] liberalen Aktionen“ jedesmal Äußerungen einer unfruchtbaren und doktrinären, sich gänzlich verirrenden Politik waren, der dann auch die Umsturzpartei mit Freuden ihre Unterstützung leihen konnte. Das Vorgehen der freisinnigen Vereinigung bei den entscheidenden Beratungen über den Zolltarif war typisch für diese Politik, die sogar von dem andern Flügel des entschiedenen Liberalismus, damals noch durch den Mund Eugen Richters, die stärkste Verurteilung erfuhr. Es gibt vielleicht kein schlagenderes Beispiel für die Art, wie diese Gruppe durch ihre Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie den Liberalismus zu diskreditieren und die Reaktion zu stärken verstand. Denn wenn wir uns einmal — was in Wirklichkeit unsere Meinung nicht ist — auf den Standpunkt der Gegner des Zolltarifs stellen, so muß man doch sagen: diese rein wirtschaftspolitische Frage hätte mit sehr viel geringerem Schaden für den Nimbus der liberalen Ideen erledigt werden können. Daß sie in liberalen Augen wirklich den Anschein einer Niederlage des Liberalismus erhielt und mit einer schweren Schädigung des parlamentarischen Ansehens verbunden war, ist doch nur der Obstruktion der freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokratie zu verdanken. Die liberalen Aktionen, die mit Hilfe der Sozialdemokratie unternommen worden sind, begründen die schärfste Kritik, die an der Haltung unsers radikalen Liberalismus nur möglich ist. Wenn der Liberalismus gesunden will, so muß er positiver und selbständiger werden und die nationale Grundlage wieder zu gewinnen suchen. Es ist ihm jetzt die erste praktische Gelegenheit geboten worden, sich in gut nationalem Sinne zu betätigen, ohne seine Prinzipien aufzugeben; aber es hieße diese Gelegenheit verpassen, wenn er es jetzt nicht versteht, die Sozialdemokratie endgiltig abzustoßen.

Es berührt merkwürdig, wie wenig Selbstvertrauen und Zukunftshoffnung aus den Meinungen der Kämpen der freisinnigen Vereinigung herausklingt. Wenn in Deutschland liberal regiert werden soll, so ist doch die erste Voraussetzung und das erste Erfordernis dafür, daß die Parteienanschauungen einen sichern Rückhalt und das nötige Vertrauen in weiten Volkskreisen finden. Solange die Partei selbst die realpolitischen Möglichkeiten nicht erkennt und sich dadurch zur Geltung zu bringen versucht, daß sie sich auf eine in unfruchtbarer Verneinung stecken bleibende Nachbarpartei stützt, kann sie doch unmöglich erwarten, daß sie eine genügende Zahl von Anhängern gewinnt, geschweige denn, daß in ihrem Sinne regiert wird. Augenblicklich aber sollte wenigstens erkennbar sein, daß der Liberalismus im Sinne des Herrn Barth gar nicht imstande ist, gegenwärtig noch den Einfluß des Liberalismus durch Unterstützung der Sozialdemokratie wesentlich zu verstärken. Denn solche Bemühung wird immer ungenügend bleiben. Soweit sie überhaupt noch in Wirksamkeit tritt, wird sie der Sozialdemokratie nur wenig Mandate retten können; dieses Ergebnis kommt aber nicht dem Liberalismus zugute, sondern hilft nur dem Zentrum, seine alte Machtposition wiederzugewinnen. Der Standpunkt des Herrn Barth ist also in jeder Beziehung unbegreiflich.

Etwas Nichtiges ist wohl an der Beforgnis, daß die Parteiverhältnisse im neuen Reichstage wohl noch mehr als früher ein Zusammengehen des Zentrums mit den Konservativen nahe legen werden. Aber unrichtig ist es, darin eine arglistige Absicht der Regierung bei der Reichstagsauflösung zu sehen. Sie hat loyal an die Meinung und den Willen des Volkes appelliert; es war Sache des Liberalismus, sich bei dieser ihm gebotenen günstigen Gelegenheit selbst durchzusetzen

und zu zeigen, was er hinter sich hat. Ist das nicht gelungen, wem kann daraus ein Vorwurf gemacht werden? Nur die Mitarbeit der Parteien an der Gesetzgebung, ihr Auftreten im Parlament kann ihnen verlorenen Boden wieder schaffen. Aber es scheint, die freisinnige Vereinigung ist am wenigsten geeignet, den rechten Weg dazu zu finden.

Der Haß gegen das Zentrum hat auch nationale Parteien, die sonst von dem Doktrinarismus der Gruppe um Barth weit entfernt sind, dazu verführt, noch im letzten Augenblick die Parole, daß bei den Stichwahlen vor allem die Sozialdemokratie bekämpft werden müsse, auf das schärfste zu tadeln. Man hat darin die Neigung der Regierung zu erkennen geglaubt, aufs neue mit dem Zentrum zu paktieren. Der Vorwurf war ungerecht, denn es ist der Regierung nicht eingefallen, den nationalen Parteien da, wo die Bekämpfung des Zentrums auch in der Stichwahl noch möglich und vernünftig war, in den Arm zu fallen. Wo die Sozialdemokratie mit andern bürgerlichen Parteien in der Stichwahl stand, war die Parole: Gegen die Sozialdemokratie! eine Selbstverständlichkeit, und es war einfach Pflicht der Regierung, auch dem Zentrum noch ins Gewissen zu reden. Zweifel konnte nur entstehen, wo ein Kandidat des Zentrums mit einem Sozialdemokraten in der Stichwahl stand. Hier aber hätte die Aufrechterhaltung der Hauptwahlparole: „Gegen Sozialdemokraten und Zentrum!“ praktisch zur Wahlenthaltung der nationalen Parteien führen müssen. Das aber wäre falsch gewesen. Auch hier war das Wichtigere, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen, auch wenn man sonst vielleicht der Meinung ist, der Ultramontanismus sei der gefährlichere Gegner. Denn gerade die Möglichkeit eines Mißbrauchs der Macht durch den Ultramontanismus würde durch die Schwächung der Sozialdemokratie am wirksamsten bekämpft; die direkte Schwächung des Zentrums war nach dem Ergebnis der Hauptwahlen ein unerreichtes Ziel geworden.

Wir werden nun schon in der nächsten Betrachtung die Machtverhältnisse der Parteien im neuen Reichstage näher würdigen können.

Ein französischer Bericht aus den Oktobertagen 1806. Der Gedenktag der Schlachten von Jena und Auerstädt hat in letzter Zeit im Mittelpunkte des Interesses gestanden und zahlreiche politische und militärische Erinnerungen und Betrachtungen gezeitigt, die vielfach auch die Persönlichkeit der Königin Luise betrafen. Wir erinnern uns dabei der Memoiren von Constant,^{*)} des langjährigen ersten Kammerdieners Napoleons des Ersten, der der Episode von Jena und der Anwesenheit der Königin Luise bei der Armee eine längere Besprechung widmet. Wenn diese Memoiren auch keinen Anspruch auf historischen Wert erheben, so sind die die tragischen Oktobertage betreffenden Aufzeichnungen, trotz ihrer romanhaften Ausschmückung und vielfachen Unrichtigkeit, als Zeichen der damals kursierenden und geglaubten Gerüchte nicht ganz uninteressant.

„Die Königin war, schreibt Constant, kriegerischer gestimmt als selbst Blücher. Sie trug die Uniform des Regiments, dem sie ihren Namen gegeben hatte,^{**)} zeigte sich bei allen Revuen und befehligte die Truppenübungen.“ In der Schlacht bei Jena, erzählt Constant, habe sie persönlich teilgenommen. Einige Minuten vor dem Angriff sei sie, ein kräftiges und schnelles Pferd reitend, in der Mitte der Truppen erschienen, und die Elite der Berliner Jugend (*l'élite de la jeunesse de Berlin*) sei der königlichen Amazone gefolgt, die die vorderste Linie der Schlachtordnung

^{*)} *Mémoires de Constant, premier valet de chambre de l'Empereur, sur la vie privée de Napoléon, sa famille et sa cour.* Paris, 1830.

^{**)} Gemeint sind jedenfalls die Königin-Dragoner.

abgaloppierte. „Alle Fahnen, die sie eigenhändig gestickt hatte, um die Truppen zu ermutigen, und ebenso die des großen Friedrich, die vom Pulverrauch geschwärzt waren, senkten sich bei ihrem Nahen, während begeisterte Zurufe in allen Reihen der preussischen Armee ertönten. Der Himmel war so klar, und die Armeen standen sich so nahe gegenüber, daß die Franzosen leicht die Uniform der Königin unterscheiden konnten. Dieses eigentümliche Kostüm war zum Teil die Veranlassung zu den Gefahren, denen sie bei ihrer Flucht ausgesetzt war. Sie trug einen glänzenden Stahlhelm mit einem prachtvollen Federstutz und einen von Gold und Silber strohenden Kürass. Ein Gewand von Silberstoff vervollständigte ihren Schmuck; es fiel bis auf die Füße nieder, die mit roten Halbstiefeln, an denen sich goldne Sporen befanden, bekleidet waren. Dieses Kostüm erhöhte die Reize der schönen Königin. Als die preussische Armee die Flucht ergriff, blieb die Königin allein zurück mit drei oder vier jungen Leuten aus Berlin (trois ou quatre jeunes gens de Berlin), die sie verteidigten, bis daß sich zwei Husaren, die sich während der Schlacht mit Ruhm bedeckt hatten, in schärfstem Galopp, mit geschwungnem Säbel auf diese kleine Gruppe stürzten, die augenblicklich zersprengt wurde. Erschreckt über diesen plötzlichen Angriff ergriff das Pferd, das Ihre Majestät ritt, die Flucht im schnellsten Lauf, und es war ein Glück für die flüchtende Königin, daß es so schnell war wie ein Hirsch, da die beiden Husaren sie sonst unzweifelhaft gefangen genommen hätten. Mehr als einmal waren sie ihr so nahe gekommen, daß sie ihre Worte und ihre Späße hörte, geeignet, ihr Ohr zu beleidigen. So verfolgt, erreichte die Königin nahezu die Tore von Weimar, als eine starke Abteilung der Dragonerdivision Klein*) in voller Karriere nahte. Der Chef hatte Befehl, die Königin um jeden Preis gefangen zu nehmen. Aber kaum hatte sie die Stadt erreicht, als die Tore geschlossen wurden. Die Husaren und die Dragonerabteilung kehrten mißvergnügt nach dem Schlachtfelde zurück. Die Einzelheiten dieser eigentümlichen Verfolgung kamen bald zu den Ohren des Kaisers, der die Husaren zu sich kommen ließ. Nachdem er ihnen in sehr strengen Worten seine Unzufriedenheit ausgesprochen hatte über die unanständigen Witze, die sie sich über die Königin erlaubt hatten, während doch ihre unglückliche Lage die Achtung, die ihrem Rang und ihrem Geschlecht zukam, hätte vergrößern sollen, ließ sich der Kaiser Bericht erstatten über das Verhalten der beiden Braven während der Schlacht. Da er erfuhr, daß sie Wunder der Tapferkeit verrichtet hatten, so gab ihnen Seine Majestät das Kreuz und ließ jedem dreihundert Franken als Gratifikation auszahlen.“

Gegenüber dieser romanhaften Erzählung sei nun daran erinnert, wie sich die Dinge wirklich zugetragen haben, und welche Rolle der unglücklichen Königin Luise tatsächlich zufiel. Wir folgen dabei den Aufzeichnungen ihrer treuen Gefährtin, der Gräfin Marie von Boß,**) und dem im Oktoberhefte 1906 der Deutschen Rundschau veröffentlichten Auszug aus einer zu erwartenden Biographie der Königin Luise von P. Bailleu, dem außer bekannten Quellen auch bisher unbenutzte mehrfach zur Verfügung standen.***)

Die Königin Luise war im Frühjahr 1806 öfters unwohl und mußte die Bäder in Pyrmont gebrauchen, die ihr gut taten. Nach Potsdam zurückgekehrt, erfuhr sie „zu ihrem Schrecken“ (wie Gräfin Boß schreibt), daß der Krieg gegen Frankreich beschlossen sei und die Armee marschfertig. Sie folgte dem König ins Feld; am 21. September fand die Abreise von Potsdam, am 23. die Ankunft in

*) Die Dragonerdivision General Klein bestand aus den Dragonerregimentern 1, 2, 14, 20 und 26 und gehörte zur Kavalleriereserve Murats.

***) Sophie Marie Gräfin von Boß, Neunundsiechzig Jahre am Preussischen Hofe. Leipzig, Duncker & Humblot, 1876.

****) Deutsche Rundschau, Heft 1, Oktober 1906, S. 32.

Naumburg statt. Hier litt die Königin an schmerzhaftem Kopfreißern und wagte erst nach einigen Tagen auszufahren. Über ihren Anzug schreibt Bailleu: „Sie war, wie gewöhnlich, weiß gekleidet; auf dem meist umhüllten Kopf ein Hut mit Kornblumen und Cyanen.“ Das klingt also anders als die phantastische Uniformbeschreibung bei Constant. Am 4. Oktober wurde das Hauptquartier nach Erfurt verlegt. Hier wurde schon vielfach die Frage erörtert, ob es nicht besser sei, wenn die Königin, ihrer eignen Sicherheit wegen, die Armee verließ. Sie erklärte, sich ganz dem Willen des Königs zu fügen.

Am 10. Oktober fand der Ausbruch des großen Hauptquartiers von Erfurt statt, es erreichte Abends Blankenhain. Bailleu schreibt: „Es war ein schrecklicher Abend, dem eine schreckliche Nacht folgte. Plötzlich fand man sich mitten im Kriege.“ Am 11. Vormittags erreichte die Königin Weimar, wo am Nachmittag auch der König eintraf. Am 13. erhielt die Königin die Mitteilung, daß die Armee aufbräche, um dem Feind entgegen zu gehn. Sie folgte am Nachmittage dieses Tages dem Vormarsche der Armee, und zwar auf persönlichen Wunsch des Königs, der sich nicht von ihr trennen mochte. Sie erreichte mit dem Kürassierregiment Reitzenstein die Straße von Auerstädt, wo sie den Herzog von Braunschweig traf. Gräfin Wofz schreibt: „Die Königin, die Biederer, die Tauenzien*) und ich reisten ab (von Weimar) auf der Straße nach Auerstädt zu. Plötzlich ließ der Herzog von Braunschweig uns sagen, wir müßten wieder umkehren, da in jener Richtung am folgenden Tage eine Schlacht erwartet werde.“ Die Königin kehrte demnach nach Weimar zurück, von wo sie am nächsten Morgen — 14. — früh fünf Uhr zum zweitenmale aufbrach. General Rüchel hatte ihr die Reiseroute aufzeichnen lassen; sie sollte den Harz im Westen umgehen und über Braunschweig nach Berlin zurückkehren. Die Reise fand über Erfurt, Mühlhausen, Göttingen, Braunschweig und Tangermünde statt. Am Abend des 17. traf die Königin in Berlin ein. Von Weimar bis Langensalza wurde der Wagen der Königin — sie mußte einen offenen benutzen, da der geschlossene zerbrochen war — von sechzig Mann unter zwei Offizieren eskortiert. Sonst bildete die Begleitung der Königin nur ihre Hofdamen und die Dienerschaft. Schon am 18. Oktober fand die Weiterreise von Berlin nach Stettin statt, nachdem am Abend des 17. die Nachricht von der Niederlage bei Jena und Auerstädt in Berlin eingetroffen war.

Man ersieht aus diesen kurzen Aufzeichnungen das Widerfönnige der Constantischen Berichte. Königin Luise war der Inbegriff holder Weiblichkeit und hat, unsers Wissens, nie eine Uniform oder ein dem ähnliches Kleid getragen. Wenn sie sich im Oktober 1806 im großen Hauptquartier befand, so geschah es, um sich nicht von ihrem über alles geliebten Gatten trennen zu müssen und um dessen dringendem Wunsche zu entsprechen. Von einer Begleitung durch „die Elite der Berliner Jugend“ ist natürlich keine Rede, wenn damit nicht Offiziere gemeint sein sollen, die vielleicht zur Eskorte gehörten. Die Königin verließ, wie wir sehen, schon am 13. Oktober die Armee, um nach Weimar zurückzukehren, und reiste am 14. früh von dort, in Begleitung ihrer Damen, nach Berlin ab. Die Nacht vom 14. zum 15. verbrachte sie in Heiligenstadt. Die Königin war also während der Schlacht bei Jena und Auerstädt nicht mehr bei der Armee, und die Erzählung von ihrem Erscheinen vor der Front der Truppen, von ihrem „eigentümlichen Kostüm“ mit Stahlhelm, Federbusch und Kürass sowie von ihrer Flucht, verfolgt durch feindliche Husaren, gehört demnach vollständig in den Bereich der Fabel.

Wir würden es nicht für der Mühe wert gehalten haben, diese Constantische Erzählung ad absurdum zu führen, wenn wir nicht geglaubt hätten, in diesen Tagen auch dieser französischen Phantasie als eines Kuriosums gedenken zu dürfen.

*) Hofdamen.

Zu Eckermanns Briefen an Goethe in Nummer 27 und 29 des vorigen Jahrgangs. Im zweiten Briefe (S. 136) erwähnt Eckermann, das Fräulein von Werlhoff habe ihm erzählt, zwei junge Freunde von ihr, deren einer Müri hieße, hätten kürzlich das Glück gehabt, in Weimar Goethe zu sehen. Als ich die Briefe mitteilte, konnte ich über den „Müri“ nichts feststellen. Jetzt verdanke ich der freundlichen Vermittlung des Professors A. Flöcher in Hildesheim und dem Entgegenkommen des Majors a. D. Dr. jur. Mühry in Hannover folgende Nachrichten:

Die Familie Mühry ist eine alte hannoversche Familie und mit der von Werlhoff eng befreundet gewesen. Ernst Mühry, im Jahre 1826 achtzehnjährig und Student der Rechte in Göttingen, später hannoverscher Obergerichtsrat und als solcher 1854 gestorben, ist der von Fräulein von Werlhoff genannte Jüngling gewesen und hat zu Pfingsten 1826 mit einem Reisegefährten, einem Herrn von Hammerstein, Weimar besucht, wo beide von Goethe empfangen worden sind. Hierüber berichtet Ernst Mühry seinem Vater, der Obermedizinalrat und Hofmedikus in Hannover war, in einem Briefe vom 26. Mai 1826 folgendes:

„... was mir meine Pfingstreise unvergeßlich machen wird, und was ich so leicht nicht aufgeben möchte, ist — daß ich Goethe gesehen und gesprochen habe. Du wirst vielleicht lächeln über mich, der ich über eine so geringfügige Sache ein so großes Aufheben mache, aber ich bin nun einmal ein so großer Verehrer von Goethe, daß es mir unendlich leid gethan haben würde, in Weimar gewesen zu sein, ohne ihn gesehen zu haben. Ich muß es wirklich als ein großes Glück betrachten, ihn gesehen zu haben, da er sonst ohne Empfehlungsbriefe nicht zu sprechen ist. Ich wagte es aber darauf, gieng mit einem meiner Reisegefährten, Herrn von Hammerstein, hin, ließ uns anmelden — und wir wurden angenommen.

Es war wirklich eine eigene Empfindung für mich, als ich in seinem alterthümlich decorirten Vorzimmer wartete, in dem sein Geist aus allem mich anzusehen schien, und ich nun wußte, daß ich in einigen Minuten die berühmteste Excellence, die jetzt auf Erden existiert, sehen sollte. In den paar Minuten besah ich mir, so gut es gehen wollte, das Zimmer, die herrlichen Kupferstiche, und ein ungefähr 8 Fuß hohes Brustbild, das eine Copie einer Antiquie zu sein schien und, wie ich glaube, eine Juno vorstellte — endlich hörte ich eine Thür gehen, und nach einem Augenblick stand Goethe vor mir. Ich entschuldigte unsere Freiheit mit dem unwiderstehlichen Drange ihm unsere Verehrung zu beweisen, und der alte Herr sprach recht herablassend über unsere Reise, unsere Studien, Vaterland und dergl. So waren wir wohl 8 Minuten bei ihm, entschuldigten uns dann nochmals und giengen seelenvergnügt nach Haus.“

Der Pfingstsonntag des Jahres 1826 ist auf den 14. Mai gefallen. Die „Pfingstreise“ Mührys und sein Besuch bei Goethe haben also in diesen Tagen stattgefunden und werden uns bestätigt durch Goethes Tagebücher, in denen am 19. Mai 1826 als Besucher „ein paar Göttinger Studierende“ genannt werden.

Heinrich Gerstenberg

Lästige Ausländer. Bei der Stichwahl in Döbeln zeigte sich eine neue nichts weniger als erfreuliche Erscheinung: eine Anzahl Russen, Studierende an der Universität Leipzig, hatte sich dem sozialdemokratischen Wahlkomitee als Schleppeur zur Verfügung gestellt. Daß das Komitee von diesem Anerbieten dankend Gebrauch gemacht hat, ist nicht verwunderlich, ebensowenig die Tatsache, daß die politisch unreifen russischen Bürschchen mit den Sozialdemokraten sympathisieren, erstaunlich ist nur die Bereitwilligkeit, mit der deutsche Institute für Wissenschaft und Kunst — wir denken zunächst an Universität, Handelsschule und Konservatorium in Leipzig — den mehr als zweifelhaften slawisch-orientalischen Subjekten, die neuerdings Deutschland überschwenmen, ihre Tore öffnen. Wer Gelegenheit gehabt

hat, diese öftlichen „Jünger der Wissenschaft“ zu beobachten, der wird uns bestätigen, daß diese halbzivilisierten, aber desto arroganter auftretenden Burschen, deren äußere Erscheinung Nase, Auge und Ohr in gleicher Weise beleidigt, und die man regelmäßig in Gesellschaft halbwüchsiger Mädchen sieht, ein öffentliches Ärgernis sind, von dem sich der Deutsche energisch befreien sollte.

Wenn diese Leute nun damit beginnen, dem Staate, der einen großen Teil der Kosten ihrer Ausbildung trägt, ihren Dank dadurch abzustatten, daß sie eine Partei unterstützen, die sich die Untergrabung jeder staatlichen Ordnung zum Ziele gesetzt hat, so sollte das den maßgebenden Behörden doch endlich die Augen öffnen. Oder ist der Deutsche immer noch daran gewöhnt, sich jede Frechheit gefallen zu lassen, wenn sie ihm von einem Ausländer zuteil wird? Von den Bürgern Übels hoffen wir, daß sie den Russen, die der deutsche Wahlkampf nicht das geringste angeht, einen Beweis von der „Steilheit fremder Treppen“ gegeben haben; von den deutschen Studenten sind wir überzeugt, daß sie sich für die Ehre bedanken werden, mit — sagen wir: theoretischen — Bombenwerfern und Meuchelmördern auf einer Bank zu sitzen; von der Universität, dem Konservatorium und der Handelsschule aber glauben wir erwarten zu dürfen, daß sie die Listen ihrer Hörer und Schüler einer Revision unterziehen und den Herren Ausländern, soweit sie nicht durchaus „zweifelsohne“ sind, den Rat erteilen, den Staub Leipzigs von den Füßen zu schütteln. Die deutsche Wissenschaft, die deutsche Kunst werden nichts verlieren, sondern können nur gewinnen, wenn sie einmal ein großes Reinemachen vornehmen.

J. R. H.

Zur Schulreform. Der kürzlich verstorbene Gelehrte H. J. Möbius hatte die Schrift eines ungenannten Freundes: Gedanken über die Schule. Von einem alten groben Manne. (Leipzig, S. Hirzel, 1906) veröffentlicht. Es sind die allbekanntesten Klagen, kräftig und verständlich vorgebracht, und diskutabile Reformvorschlüge. Eine Stelle wollen wir abschreiben, weil die darin niedergelegte Wahrheit noch nicht abgedroschen, auch in der Fachliteratur noch nicht genügend erörtert worden ist. „Der Knabe wird bei uns mit etwa fünfzehn Jahren geschlechtsreif. Im Beginn der zwanziger Jahre erreicht das Geschlechtliche in ihm seine größte Lebendigkeit. Damit aber hält die Lebhaftigkeit der geistigen Kräfte gleichen Schritt. Die Zeit vom 20. bis zum 30. Jahre ist die Blütezeit des menschlichen Geistes, und unter günstigen Umständen leistet er während dieser Zeit sein Bestes. Das will sagen, er ist dann am meisten zeugungsfähig; wenn er ursprünglicher Gedanken, wertvoller Einfälle fähig ist, so schafft er das Beste während dieser Zeit der Jugend. Es braucht nicht gleich alles zum Vorschein zu kommen, aber es keimt. . . . In Hinsicht auf diese unabänderlichen Einrichtungen der Natur sind unsre gesellschaftlichen Einrichtungen so unvernünftig wie möglich. Je mehr man von einem jungen Manne erwartet, desto mehr erschwert man ihm den Eingang ins Leben. Vor allem macht man es ihm unmöglich, zur rechten Zeit zu heiraten, und drängt ihn so gewaltsam in Unsauberkeit, Ausschweifung, leibliches und geistiges Verderben hinein. Man läßt ihn auch von seinen Geisteskräften nicht den rechten Gebrauch machen, sondern zwingt ihn, sich da noch vorzubereiten, wo er schon leisten könnte und sollte, hält ihn zurück, wenn er in den Wettlauf eintreten möchte, und verzettelt die Zeit, bis die beste vorüber ist. Siebzehn und mehr Jahre soll er nur aufnemen, in sich hineinfressen, ehe er zur Lebensarbeit zugelassen wird, und auch nachher ist von einer freien Tätigkeit noch gar keine Rede.“

